

# Kosten sind auch hausgemacht

**Bürokratiekosten.** Eine aktuelle Unternehmensbefragung der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. zeigt, dass neue EU-Richtlinien in den Unternehmen hohe administrative Kosten verursachen. 

Neue Vorschriften bedeuten neue Bürokratie. Die europäische Emissionshandelsrichtlinie etwa verpflichtet Betreiber von Anlagen, die CO<sub>2</sub> ausstoßen, die Menge der Emissionen zu dokumentieren. Zudem müssen sie die Zahl der nötigen Emissionsrechte ermitteln und beantragen. Dafür wiederum müssen die Betriebe entsprechende Kontroll-

systeme einrichten und ihre Berichte externen Prüfern vorlegen.

Das alles verursacht Kosten. Die IW Consult hat untersucht, wie hoch diese Aufwendungen sind. Dafür hat sie Firmen in Deutschland, Frankreich und Spanien befragt (Grafik):

**Während die Bürokratie rund um die Emissionshandelsrichtlinie die Unternehmen in Deutschland jährlich**

**knapp 57 Millionen Euro kostet, schlagen die administrativen Kosten in Frankreich mit nur 26 Millionen Euro zu Buche.**

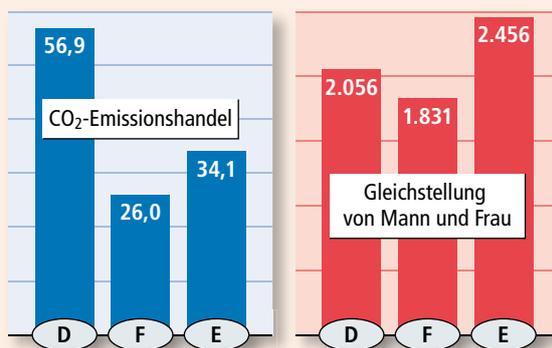
Ein Grund für die Differenz ist, dass hierzulande viel mehr Betriebe von der Richtlinie betroffen sind.

Die Kostenunterschiede bei der Richtlinie zur Gleichstellung von Mann und Frau haben dagegen eine andere Ursache: Die Länder hatten hier bei der Umsetzung viel mehr Spielraum. Von dieser Richtlinie sind alle Unternehmen mit mindestens einem Angestellten betroffen. Und obwohl das in Deutschland deutlich mehr Firmen sind, müssen spanische Betriebe viel höhere administrative Kosten schultern – weil Madrid beispielsweise verlangt, dass Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern Gleichstellungspläne ausarbeiten müssen.

## EU-Bürokratie geht ins Geld

Europäische Richtlinien werden vom Rat oder der Kommission erlassen. Ihr Inhalt muss in nationales Recht umgewandelt werden, wobei die EU-Staaten aber auch einen Gestaltungsspielraum haben.

Jährliche administrative Kosten dieser EU-Richtlinien für Unternehmen in Millionen Euro



auf Basis einer Befragung von 172 (CO<sub>2</sub>-Emissionshandel) bzw. 1.159 Unternehmen von April bis Juli 2011; Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 10



Information

## Studie

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.):

Bürokratiekosten durch EU-Vorschriften

Download unter: [www.iwconsult.de](http://www.iwconsult.de)

## Inhalt

**Slowakei.** Die neue Regierung muss vor allem die hohe Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Seite 2

**Internationaler Frauentag.** Nach wie vor sind die familiären Pflichten ungleich verteilt. Seite 3

**Bundesagentur für Arbeit.** Seit 60 Jahren verkündet sie die Arbeitslosenzahlen. Seite 4

**Stromnetze.** Nur durchschnittlich 15 Minuten geht in Deutschland im Jahr das Licht aus. Seite 5

**Handwerk.** Die gute Binnenkonjunktur beschert insbesondere dem Bau steigende Umsätze. Seite 6

**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk.** Das Sponsoring wird ab 2013 stark eingeschränkt. Seite 7

**Motorradbranche.** Vor allem schwere Maschinen sind hierzulande wenig gefragt. Seite 8

Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



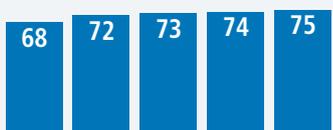
## Slowakei: Viele Arbeitslose

2007 2008 2009 2010 2011

**Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)**  
Veränderung gegenüber Vorjahr  
in Prozent



**BIP je Einwohner**  
um Kaufkraftunterschiede bereinigt,  
EU-27=100



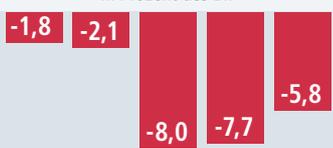
**Verbraucherpreise**  
Veränderung gegenüber Vorjahr  
in Prozent



**Arbeitslosenquote**  
in Prozent



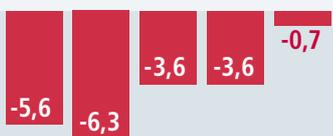
**Haushaltssaldo**  
in Prozent des BIP



**Schuldenstand**  
in Prozent des BIP



**Leistungsbilanzsaldo**  
in Prozent des BIP



# Schwieriger Spagat

**Slowakei.** Wer auch immer aus der anstehenden Parlamentswahl als Sieger hervorgeht: Die neue Regierung in Bratislava steht vor der schwierigen Aufgabe, den Staatshaushalt zu sanieren, ohne das Wirtschaftswachstum zusätzlich zu bremsen.

Dass die Bürger der Slowakei am 10. März ein neues Parlament wählen, hängt unmittelbar mit der Euro-Schuldenkrise zusammen. Denn als das Parlament 2011 über die Ausweitung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) abstimmte, konnte die christlich-liberale Regierungskoalition keine Mehrheit zusammenbringen. Im zweiten Anlauf kam das „Ja“ dann zwar zustande – die oppositionellen Sozialdemokraten stimmten jedoch nur unter der Bedingung zu, dass die für 2014 angesetzten Parlamentswahlen auf 2012 vorgezogen würden.

Die liberale Partei „Freiheit und Solidarität“ (SaS) lehnte die Vergrößerung des Euro-Rettungsschirms dagegen ab, weil ein armes Land nicht den höheren Lebensstandard Griechenlands und Italiens sichern solle. Unabhängig davon, ob man dieses Argument überzeugend findet – Fakt ist, dass die Slowakei zu den wirtschaftlich schwachen EU-Staaten zählt (Grafik):

**Das um Kaufkraftunterschiede bereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lag in der Slowakei 2011 schätzungsweise bei 75 Prozent des Durchschnitts aller EU-Staaten.**

Zum Vergleich: Portugal kam auf 78 Prozent, Griechenland auf 82 Prozent und Italien sogar auf 99 Prozent des EU-Mittelwerts.

Die Chancen, dass die Slowaken schon bald zu den wohlhabenderen EU-Ländern aufschließen können, sind nicht allzu groß. Zwar ist der im Zuge der internationalen Finanzmarktkrise 2009 erlittene Einbruch des BIP wieder wettgemacht, für das laufende Jahr prognostiziert die Europäische Kommission aber nur ein reales Wachstum von 1,2 Prozent.

Zu den Gründen zählt, dass der Außenhandel – zuletzt ein starker Wachstumsmotor – derzeit auf niedrigeren Touren läuft. Denn die slowakischen Exporteure, zu denen vor allem die Autobauer zählen, bekommen die schwache Nachfrage auf vielen Absatzmärkten zu spüren.

**Die Ausfuhren werden 2012 gemäß EU-Kommissions-Prognose vom vergangenen Herbst real nur um gut 2 Prozent zulegen – gegenüber fast 8 Prozent im Jahr 2011.**

Auch aus dem Inland kommen keine starken Wachstumsimpulse. So liegt die Arbeitslosenquote nach wie vor über 13 Prozent – doch ohne neue Jobs kommt auch der private Konsum nicht in Fahrt. Die Einkaufslaune der Slowaken wird zudem durch die zuletzt 2011 erhöhte Mehrwertsteuer getrübt.

Die Regierung in Bratislava musste jedoch auf Sparkurs gehen, um ihr Haushaltsdefizit von zuletzt fast 6 Prozent des BIP zu reduzieren. Gelingt bis 2013 nicht die weitere Absenkung auf 3 Prozent, droht die EU mit finanziellen Sanktionen. Die künftige slowakische Führung wird sich also noch einiges einfallen lassen müssen, um ihren Etat zu sanieren, zugleich aber das Wirtschaftswachstum nicht abzuwürgen.

# Männer mogeln sich durch

**Internationaler Frauentag.** Allen Sonntagsreden zum Trotz: Noch immer übernehmen Männer deutlich weniger familiäre Verantwortung als ihre Partnerinnen. Doch egal, wie die Rollenverteilung zu Hause aussieht: Unternehmen haben viele Möglichkeiten, ihren Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Was die meisten Frauen als unerquickliches Alltagsphänomen erleben, lässt sich nun auch mit Zahlen belegen: Männer halten sich bei der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen ziemlich zurück. Im Durchschnitt übernehmen sie nicht einmal die Hälfte der damit verbundenen Arbeitslast (Grafik), so eine Auswertung von Daten aus 4.500 Haushalten durch das Münchner ifo-Institut.

Diese Rollenverteilung zieht sich durch alle Jobvarianten:

**Auch bei Paaren, bei denen die Frau beruflich stärker engagiert ist als ihr Partner, wenden Männer weniger Zeit für die Kinder- und Angehörigenbetreuung auf als ihre Frauen.**

Selbst in Beziehungen, in denen die Frau erwerbstätig ist und der Mann zu Hause bleibt, investieren Frauen wesentlich mehr Zeit in ihre Kinder und/oder pflegebedürftigen Angehörigen.

Mit dem Internationalen Frauentag, der sich am 8. März zum 101. Mal jährt, soll dafür geworben werden, den Frauen mehr Rechte zu verschaffen. Vieles davon ist gelungen: Schon lange haben Frauen das Wahlrecht, in Deutschland ist sogar eine Frau Kanzlerin. Doch dass Frauen gleichberechtigt sind, heißt

## Betreuung: Frauen leisten mehr

So viele Stunden pro Woche verwenden Frauen und Männer in Partnerschaften jeweils für die ...



	Kinderbetreuung		Angehörigenbetreuung	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
<b>Insgesamt</b>	<b>52,6</b>	<b>19,2</b>	<b>22,4</b>	<b>10,9</b>
Beide erwerbstätig, Frau arbeitet mehr Stunden	30,1	22,3	8,3	8,3
Beide erwerbstätig, Mann arbeitet mehr Stunden	46,1	15,7	17,4	2,9
Frau erwerbstätig, Mann nicht erwerbstätig	34,3	25,9	24,0	6,8
Mann erwerbstätig, Frau nicht erwerbstätig	69,7	19,5	27,5	15,4
Beide erwerbslos	62,7	32,2	23,1	12,4

Stand: 2009; Quelle: ifo-Institut

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - Iwd 10 - Foto: MEY

eben noch lange nicht, dass auch die Verantwortung zwischen den Geschlechtern gleich verteilt ist, wie die Zeitbudget-Untersuchung zeigt.

Genau dieses Ungleichgewicht macht vielen Frauen in Deutschland zu schaffen. Die Doppel- und Dreifachbelastung durch Kinder, pflegebedürftige Angehörige und Beruf ist ein klassischer Karrierekiller. Noch immer sind Frauen viel eher als Männer bereit, Einkommenseinbußen, schlechtere Rentenperspektiven und mangelnde Aufstiegschancen wegen nötiger Kinder- oder Angehörigenbetreuung in Kauf zu nehmen, wie aktuelle Berechnungen des Statistischen Bundesamts zeigen:

**Rund die Hälfte der weiblichen Teilzeitbeschäftigten geht aufgrund familiärer Verpflichtungen einer reduzierten Tätigkeit nach, bei den männlichen Teilzeitlern sind es nur 8 Prozent.**

Am mangelnden Angebot jedenfalls kann es nicht liegen. Laut Un-

ternehmensmonitor Familienfreundlichkeit des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) stellten 2009 knapp 80 Prozent aller hiesigen Unternehmen Teilzeitangebote bereit. Individuell vereinbarte Arbeitszeiten boten demnach annähernd 73 Prozent der Firmen an, 70 Prozent praktizierten flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten.

Schon seit über zehn Jahren beispielsweise ermuntert die Daimler AG ihre Belegschaft mittels freiwilliger Betriebsvereinbarungen zur Familienzeit und Teilzeit, weniger zu arbeiten – und zwar sowohl Frauen als auch Männer. Dabei verfolgt der Konzern dasselbe Ziel wie die meisten anderen Unternehmen, die es ihren Beschäftigten ermöglichen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren: Einerseits sollen die Mitarbeiter an den Betrieb gebunden werden, andererseits sollen flexible Arbeitszeitmodelle helfen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein.

# Alle vier Wochen wieder

**Bundesagentur für Arbeit.** Alle vier Wochen rückt die jetzt 60-jährige Bundesagentur für Arbeit (BA) ins Rampenlicht, wenn ihr Chef die jüngsten Arbeitslosenzahlen bekanntgibt.

Am 10. März 1952 wurde die „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ ins Leben gerufen. Und man muss schon diese 60 Jahre zurückgehen, um ähnliche Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu sehen wie heute – fast 2 Millionen Arbeitslose weniger in nur sechs Jahren.

Ein Arbeitsmarktwunder war auch nach dem Krieg gefragt, als Millionen von Flüchtlingen in die westdeutsche Wirtschaft integriert werden mussten. Dank des Wirtschaftswunders gelang dies recht zügig. Schon 1956 wurde die Grenze von 1 Million Arbeitslosen unterschritten, und im Jahr 1965 gab es praktisch keine Arbeitslosen mehr.

Die damalige BA beteiligte sich daher auch aktiv an der Suche nach Arbeitskräften im Ausland, um mit

Gastarbeitern den Arbeitskräftemangel zu lindern.

Die unruhigen Zeiten für die Arbeitsämter begannen mit der ersten Ölpreiskrise (Grafik):

**Im Jahr 1975 wurden erstmals nach zwei Jahrzehnten 1 Million Arbeitslose gezählt.**

Die Revolution im Iran sowie der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak trieben zu Beginn der 1980er Jahre den Ölpreis erneut in die Höhe – mit der Folge, dass das Wachstum einbrach und sich die Arbeitslosigkeit mehr als verdoppelte.

Die Arbeitsmarktpolitik stand dieser Entwicklung damals hilflos gegenüber, und Arbeitszeitkonten, die Schwankungen ausgleichen, kannte man damals noch nicht.

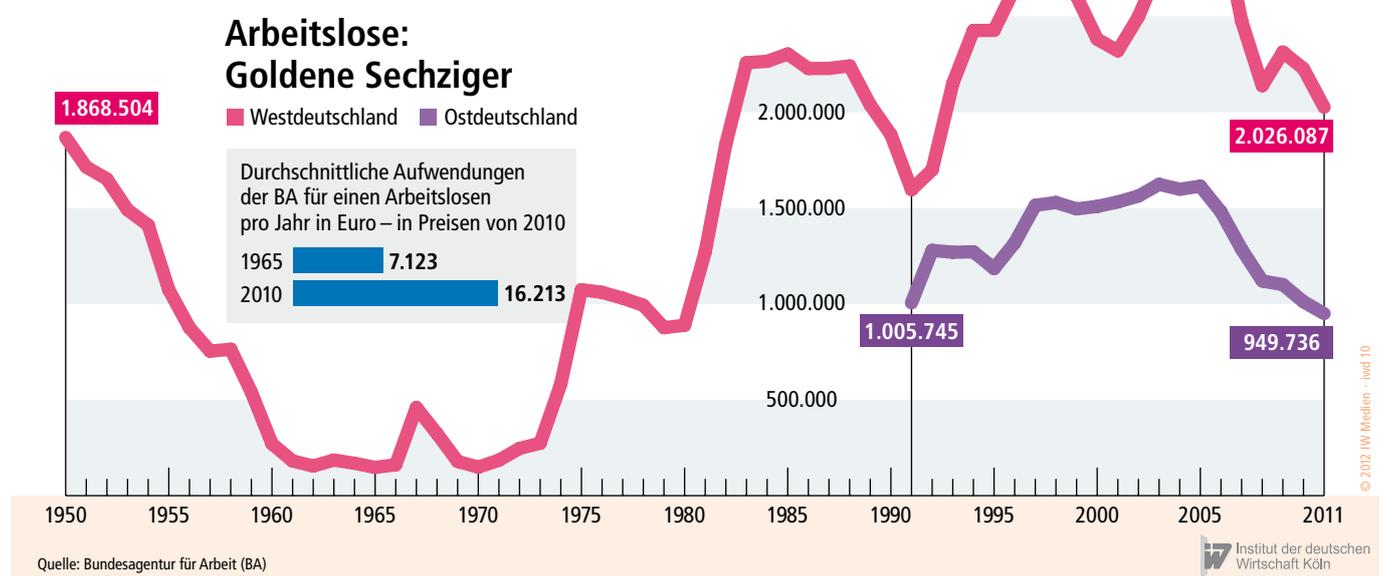
Auch Ende der 1980er, als es jährliche Wachstumsraten von 4 bis 5 Prozent gab, sank die Zahl der Arbeitslosen nicht auf das alte Niveau.

Dieses Muster, dass die Zahl der Arbeitslosen in jeder Krise stets neue Rekorde erklimmt, im Boom aber nicht auf das ursprüngliche Niveau

zurückfällt und damit die Sockelarbeitslosigkeit immer größer wird, setzte sich nach der Wiedervereinigung fort. Als im Januar 2005 dann 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland registriert wurden, war dies für die Politik ein Alarmsignal, dass es so nicht weitergehen konnte.

Die Regierung Schröder/Fischer setzte schließlich die „Hartz-Kommission“ ein, und die machte zahlreiche Vorschläge, wie man mehr Menschen in Lohn und Brot bringt. Unter anderem wurden Leistungen gekürzt, denn für viele Arbeitslose war es bis dahin attraktiver, zu Hause zu bleiben, als einen schlechter bezahlten Job anzunehmen.

Die Statistik belegt, dass die Arbeitsmarktpolitik den richtigen Weg eingeschlagen hat. Die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland ist mittlerweile wieder auf das Niveau der 1980er Jahre gesunken.



# 5 Euro pro Kilowattstunde

**Stromnetze.** Bisher klappt der Transport von Energie in Deutschland ganz gut, Stromausfälle sind im Vergleich zu anderen Ländern selten. Doch mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien müssen die Transportwege erweitert werden. Die dafür notwendigen Milliardeninvestitionen lohnen sich – ein Blackout käme die deutsche Wirtschaft teurer zu stehen.

Über 100.000 Gigawattstunden Strom aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser wurden 2010 durch das deutsche Stromnetz transportiert – das waren 17 Prozent der gesamten Strommenge.

Das Problem dabei: Der Strom wird an vielen verschiedenen Orten produziert – das Stromnetz in Deutschland ist jedoch historisch gewachsen und auf eine zentrale Versorgung durch wenige Großkraftwerke ausgelegt. Vor allem in ländlichen Regionen könnte das Netz bald an seine Grenzen kommen, denn dort wird zwar viel Wind- und Sonnenenergie erzeugt, es sind aber keine großen Stromverbraucher ansässig.

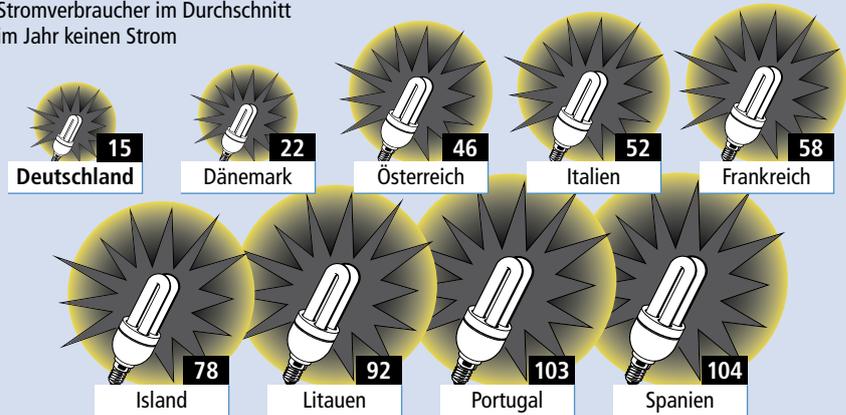
Bis jetzt ist die bundesweite Stromversorgung aber noch sicher. In den vergangenen Jahren ging in Deutschland immer seltener ungewollt das Licht aus:

**Jeder deutsche Verbraucher hatte 2006 durchschnittlich gut 20 Minuten lang keinen Strom, im Jahr 2010 waren es weniger als 15 Minuten.**

Vergleichbar gute Werte erreicht in Europa lediglich Dänemark (Grafik). Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist im Vergleich mit anderen Industrieländern äußerst

## Stromversorgung: In Deutschland geht selten das Licht aus

So viele Minuten lang hatte ein Stromverbraucher im Durchschnitt im Jahr keinen Strom



Stromverbraucher: Stromzähler; Stand: Deutschland 2010, übrige Länder 2007  
Quellen: Bundesnetzagentur, Rat der europäischen Energieregulierungsbehörden

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 10

hoch. Die mit Abstand unzuverlässigsten Stromnetze haben dagegen die USA, wie aktuelle Daten beispielsweise aus Kalifornien zeigen: Die Kunden der PacifiCorp zum Beispiel saßen zuletzt durchschnittlich fast 1.000 Minuten im Jahr im Dunkeln.

Längere und großflächige Stromausfälle sind für eine Volkswirtschaft teuer. Ohne Strom können Industriebetriebe nicht produzieren, der Verkehr wird weitgehend blockiert und die Kommunikation ist stark eingeschränkt. Die Kosten jeder nicht gelieferten Kilowattstunde liegen daher um ein Vielfaches höher als ihr Marktwert.

**Eine Kilowattstunde kostet industrielle Großabnehmer circa 15 Cent – pro ausgefallene Kilowattstunde gehen aber mindestens 5 Euro Wertschöpfung verloren.**

Bereits ein wenige Stunden andauernder Stromausfall kann so Schäden in Milliardenhöhe verursachen. Damit die deutschen Netze

weiterhin stabil bleiben, muss kräftig investiert werden.

**Die Deutsche Energie-Agentur beziffert die Kosten für den Ausbau der Netze mit der höchsten Spannung für die nächsten acht Jahre auf 10 bis 16 Milliarden Euro.**

Der Bund der Energie- und Wasserwirtschaft rechnet mit weiteren 10 bis 27 Milliarden Euro für die Verteilnetze. Das entspräche einem Investitionsvolumen von rund 2 bis 4 Milliarden Euro jährlich.

Das erscheint zunächst als sehr viel Geld. Doch ein Nachrechnen lohnt sich: Setzt man die Kosten eines Stromausfalls auf die konservativ geschätzten 5 Euro je ausgefallener Kilowattstunde an und geht von einem täglichen Stromverbrauch von 1,6 Milliarden Kilowattstunden in Deutschland aus, dann übersteigen die Kosten eines flächendeckenden Blackouts bereits nach einem halben Tag die nötigen jährlichen Investitionen in das deutsche Stromnetz.

# Mehr als goldener Boden

**Handwerk.** Der Bauboom und die gute Binnenkonjunktur bescheren dem Handwerk satte Umsatzzuwächse. Die Jobverluste infolge der Wirtschaftskrise dürften damit wettgemacht sein.

Friseure, Kfz-Meister, Augenoptiker, Bäcker, Malergesellen – sie alle arbeiten in Handwerksbetrieben, die insgesamt mehr als 5 Millionen Menschen in Deutschland beschäftigen (Kasten).

Selbst in der Wirtschaftskrise mussten nur relativ wenige um ihren Job bangen. Im Jahr 2009 sank die Zahl der Beschäftigten lediglich um 75.000, im Jahr 2010 dann noch einmal um 110.000.

Zahlen für 2011 liegen zwar noch nicht vor, aber es spricht alles dafür, dass es seitdem wieder bergauf geht. Denn in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 ist der Umsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 8 Prozent gestiegen, das ist der höchste Zuwachs seit langem. Und weil das Handwerk ohne fleißige Hände nun einmal nicht auskommt, ist diese Entwicklung sicher nicht spurlos an der Beschäftigung vorbeigegangen.

Der jüngste Höhenflug kann eigentlich niemanden überraschen, denn das Handwerk lebt vornehmlich vom Bau (Grafik). Dieser hat zuletzt Boden gutgemacht. Die Bauleistungen haben 2011 um 13 Prozent zugelegt. Entsprechend viel haben Maurer, Betonbauer, Dachdecker, Estrichleger oder Stuckateure zu tun.

Obwohl das Handwerk arbeitsintensiv ist, haben die Betriebe offenbar erfolgreich modernisiert. Seit der letzten Handwerkszählung 1994 ist die Arbeitsproduktivität – also das, was jeder Beschäftigte im Jahr erwirtschaftet – von 67.300 Euro auf 95.900 Euro gestiegen. Nach Abzug der Preissteigerungsrate ergibt sich so ein Plus von 14 Prozent.

Einen wahren Gründerboom löste 2004 die Reform der Handwerksordnung aus. Seither müssen 53 Berufsgruppen wie zum Beispiel Raumausstatter und Gebäudereiniger keinen Meistertitel mehr vorweisen, um sich selbstständig zu machen.

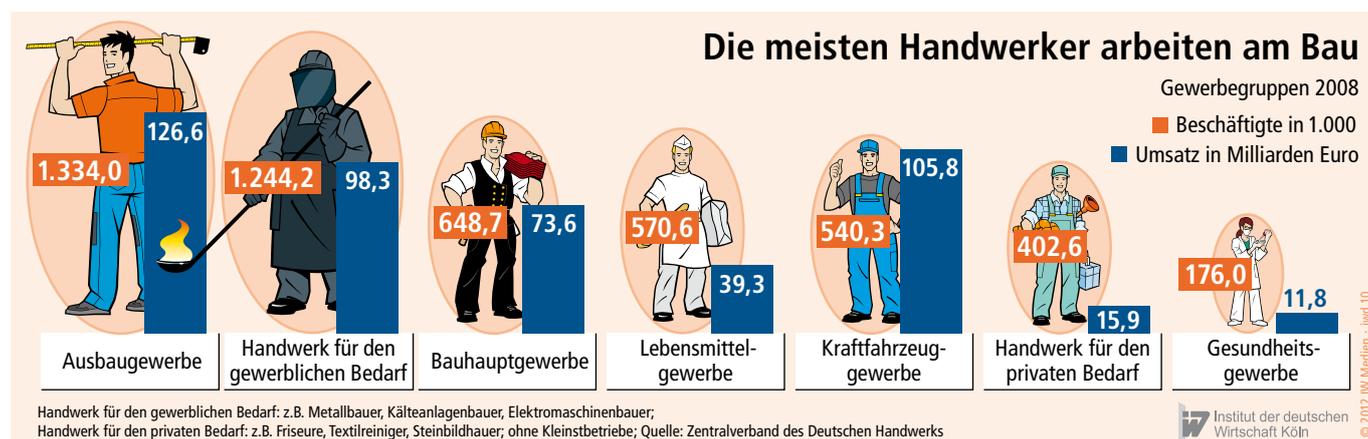
**In der Folge nahm die Zahl der vom Meisterzwang befreiten Minibetriebe um 160 Prozent auf 197.000 zu.**

Angetrieben wurde diese Entwicklung durch den EU-Beitritt mittel-

und osteuropäischer Staaten. So nutzten zum Beispiel zahlreiche polnische Handwerker, die in Deutschland bis Mai 2011 nicht als Arbeitnehmer tätig werden durften, die Möglichkeit, selbst einen kleinen Betrieb zu gründen, um hierzulande arbeiten zu können.

## Handwerkszählung 2008

Ohne Kleinstbetriebe, die weniger als 17.500 Euro im Jahr umsetzen und von daher nicht umsatzsteuerpflichtig sind, gab es laut der unlängst veröffentlichten „Handwerkszählung 2008“ gut 577.000 Unternehmen. In diesen waren 600.000 Inhaber – überwiegend Meister – und 3,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Eine weitere Dreiviertelmillion Menschen arbeiteten in sogenannten Minijobs. Zusammen mit den Kleinstbetrieben unterhalb der Umsatzsteuerschwelle dürfte das Handwerk etwa 5,1 Millionen Personen beschäftigen. Für 41 Handwerke wird der Meisterbrief verlangt. Diese zulassungspflichtigen Handwerke stellen fast sieben von acht Unternehmen und beschäftigen vier Fünftel der Erwerbstätigen. Ihr Anteil an allen Handwerksumsätzen lag zuletzt bei gut 90 Prozent.



# Einschnitt für Sender und Sponsoren

**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk.** Der neue Rundfunkstaatsvertrag schränkt das Programm­sponsoring im öffentlich-rechtlichen Fernsehen stark ein. Zwar finanzieren sich die Sender nur zu einem kleinen Anteil aus Sponsorengeldern, doch drohen ihnen gleichwohl Einbußen in zweistelliger Millionenhöhe.

Ein Bierglas füllt sich gluckern­d vor einem Stauseepanorama, dazu erklingt Flötenmusik – so wünscht eine große Brauerei allsonntäglich den Krimi-Zuschauern „spannende Unterhaltung im Ersten“. Doch mit Beginn des kommenden Jahres bringt der neue Rundfunkstaatsvertrag (Kasten) das Aus für langjährige Sponsoring-Kooperationen wie zwischen dem Tatort und der „Perle der Natur“.

Werktags nach 20 Uhr sowie an Sonn- und bundesweiten Feiertagen soll es demnach auf ARD und ZDF kein Sponsoring mehr geben. Bisher war die Mitfinanzierung einer Sendung durch Unternehmen, anders als sonstige Werbung, nicht auf bestimmte Tageszeiten begrenzt. Ausgenommen von den neuen Einschränkungen ist die Übertragung von Großveranstaltungen wie den Olympischen Spielen oder der Fußball-Weltmeisterschaft. Ohne Sponsoring-Vertrag, so befürchteten offensichtlich die verantwortlichen Politiker, könnten die Sender für diese Ereignisse keine Übertragungsrechte mehr erwerben.

Die Sponsorengelder deckten zwar beispielsweise bei der ARD zuletzt nur rund 2 Prozent der Programmaufwendungen ab. Trotzdem

## Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Bald weniger Sponsorengelder

Einnahmen von ARD und ZDF aus ...



wird die Gesetzesänderung in Zeiten stagnierender Rundfunkbeiträge und rückläufiger Werbe­erlöse nicht spurlos an den Öffentlich-Rechtlichen vorbeigehen (Grafik):

**Im kommenden Jahr werden ARD und ZDF insgesamt etwa 40 Millionen Euro durch Sponsoring einnehmen – fast 27 Millionen Euro weniger als 2012.**

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten schätzt, dass die ARD im Zeitraum 2013 bis 2016 auf rund 60 Millionen Euro verzichten muss und das ZDF auf 30 Millionen Euro.

Kein Wunder also, dass die Sender darüber nachdenken, künftig seltener kleinere Sportereignisse übertragen zu wollen – was wiederum die betroffenen Sportverbände gar nicht gerne hören. Und so manche sponsernde Firma befürchtet, dass sie künftig jene Konsumenten kaum noch erreichen kann, die vor allem öffentlich-rechtlich fernsehen.

Doch die Änderung des Rundfunkstaatsvertrags findet auch Zu-

stimmung. So sind selbst viele öffentlich-rechtliche Fernsehmacher der Ansicht, die Koppelung von Programm und Firmenmarke stelle die Unabhängigkeit der entsprechenden Redaktionen infrage. Vonseiten der privaten Fernsehsender heißt es sogar, im Sinne eines ordnungspolitisch vertretbaren Mediensystems müsse Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ganz verboten werden.

## Rundfunkstaatsvertrag

Der seit 1991 schon 15-mal geänderte Vertrag definiert unter anderem den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, regelt dessen Koexistenz mit privaten Sendern und legt die zulässige Dauer und Form der Rundfunkwerbung fest. Seit einigen Jahren regelt er auch die Internetangebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Im Dezember 2010 beschlossen die Bundesländer neben Änderungen der Sponsoring-Vorschriften vor allem, die Rundfunkgebühr ab 2013 als Beitrag je Haushalt zu erheben.

# Auf der Bremse

**Motorradbranche.** Die Bundesbürger haben offenbar immer weniger Bock auf den Bock. Innerhalb nur eines Jahrzehnts hat sich die Zahl der Neuzulassungen von motorisierten Zweirädern praktisch halbiert.

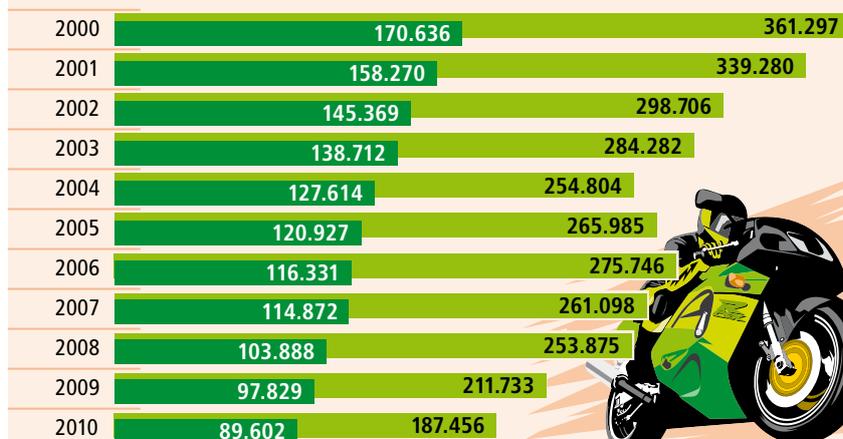
Bald ist es wieder so weit: Weil die meisten Motorräder mit den Saisonkennzeichen 04/10 ausgestattet sind, werden sie Anfang April aus dem Winterschlaf geholt und tauchen wieder auf den Straßen auf. In Deutschland waren zum 1. Januar 2012 – ohne Quads und Trikes – 3,8 Millionen Krafträder zugelassen. Das waren zwar 2 Prozent mehr als im Vorjahr; dennoch haben sich die Neuzulassungen in den vergangenen zehn Jahren fast halbiert (Grafik) – aus drei Gründen:

**Zum Ersten** stellen die Fahrer im gesetzteren Alter das Gros der Halter. Die Zahl der jungen Leute, die ins Bikeralter hineinwächst, geht kontinuierlich zurück.

## Der Bikernachwuchs fehlt

Neuzulassungen motorisierter Zweiräder in Deutschland

■ **Insgesamt** ■ darunter Motorräder mit mehr als 125 Kubikzentimetern Hubraum



Quelle: Industrie-Verband Motorrad

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 iw Medien +ivid 10

**Zum Zweiten** hat der Staat den Motorradführerschein verteuert, indem er die Anforderungen an die Fahrschüler hochgeschraubt hat.

**Zum Dritten** halten Motorräder länger, weil sie oft nur bei schönem Wetter genutzt werden.

Deshalb ist insbesondere der Markt für schwere Maschinen eingebrochen, während die übrigen motorisierten Zweiräder – die „Nutzfahrzeuge“ – mit einem blauen Auge davongekommen sind:

**Motorräder ab 125 Kubikzentimeter Hubraum.** In Deutschland wurden 2010 nur noch 80.200 schwere Maschinen verkauft, halb so viele wie 2001. Das hat vor allem die japanischen Hersteller getroffen, die über die Hälfte des deutschen Marktvolumens bestreiten. Nach einzelnen Marken aufgeschlüsselt ist jedoch ein deutscher Hersteller Pri-

mus. BMW kommt immerhin auf einen Marktanteil von 22 Prozent. Im vergangenen Jahr setzte der Motorradbauer im Inland mehr als 17.800 Krafträder ab und baute seine Spitzenstellung sogar noch aus.

Gekauft werden vor allem sportliche Maschinen, die schnell beschleunigen und hohe Geschwindigkeiten erreichen. Ihr Anteil an den Neuzulassungen beträgt 45 Prozent. Es folgen Geländemaschinen (Enduros) mit einem Zulassungsanteil von einem knappen Viertel. Gemächliche Chopper wie die Harley kommen auf 13 Prozent Marktanteil.

**Roller.** Im Jahr 2010 wurden 30.200 Vespas und andere Roller verkauft, fast ein Fünftel weniger als 2009. Diesen Markt teilen sich italienische und japanische Hersteller. Elektroroller spielen dagegen nur eine geringe Rolle.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich),  
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,  
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistenz:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Aboservice:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb  
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich  
(außer Januar und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.